






Dr. Ernst Dieter Rossmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein
Platz der Republik, 11011 Berlin

 (030) 227-73447

 (030) 227-76318

 ernst-dieter.rossmann@bundestag.de
www.ernst-dieter-rossmann.de

Pressemitteilung

6.10.05

Rossmann fordert: Bei der Koalitionsbildung in Berlin die Inhalte nach vorn stellen

„Die Bundestagswahlen waren eine klare Richtungsentscheidung, die sich jetzt auch in der Regierungskoalition und den zukünftigen Inhalten widerspiegeln muss. Marktradikale Ideologien bei CDU, CSU und FDP und den Wirtschaftslobbyisten haben ganz offensichtlich nur eine Minderheit hinter sich. Die Mehrheit der Deutschen hat sich dagegen für Sozialstaatlichkeit, für innere Reformen und Modernisierung mit sozialer Balance ausgesprochen.“

Davon ist der Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Ernst Dieter Rossmann überzeugt. Deshalb muss seiner Meinung nach vor der Koalitionsbildung von Parteien auch das Gespräch über Inhalte und notwendige Handlungsfelder für die Zukunft stehen. Rossmann: „Die Stärkung von Bildung und Wissenschaft, die Förderung der Kinderfreundlichkeit und der Familie, die Weiterentwicklung der Reformen

am Arbeitsmarkt und die Sicherung des Sozialstaats und eine Umwelt- und Energiepolitik für Nachhaltigkeit und weg vom Öl stelle ich dabei ganz oben an.“ Auch ein gezielter Abbau von Subventionen und die Sicherung der staatlichen Leistungsfähigkeit, sowohl durch eine Stärkung der öffentlichen Finanzen als auch durch eine Reform der staatlichen Verwaltung und der Bund-Länder-Kompetenzen müssten zwischen den Parteien vereinbar sein.

Auf der anderen Seite sind die Arbeitnehmerrechte, die solidarischen Sozialleistungen und die Bildungsförderung für den Sozialdemokraten ein Tabu. Rossmann: „Hierfür gibt es keinerlei Votum durch die Mehrheit der Wählerschaft, und zwar nicht nur bei der SPD, sondern auch bei B 90/Die Grünen und bei der Links-Partei. Die CDU, die CSU und die FDP dürfen hier nicht so tun, als ob es diese Stimmen der Links-Partei, die ja im Osten Deutschlands immerhin fast 25 Prozent erreicht hat, nicht gibt. Damit würde das Land nur mutwillig weiter gespalten werden.“

Zugleich bekräftigte der Abgeordnete seine Auffassung, dass es für diese Legislaturperiode keine Koalition mit der Links-Partei auf Bundesebene geben kann und wird. Das Wahlergebnis zwingt allerdings alle Parteien dazu, sich mittelfristig neu zu sortieren, untereinander Gesprächsfähigkeit herzustellen und keine radikale Ausgrenzung vorzunehmen. Rossmann: „Eine Jamaika-Koalition oder eine Ampel-Koalition ist noch genauso undenkbar wie eine Koalition mit der Links-Partei. Für die Zukunft ist aber nicht auszuschließen, dass es wie im übrigen Europa auch in Deutschland Dreier-Koalitionen geben wird, wenn eine große Koalition nicht zur Dauereinrichtung werden soll.“

Für die SPD und Bundeskanzler Gerhard Schröder reklamiert der Abgeordnete dabei, im Mittelpunkt des „neuen Zentrums“ zu stehen, wie es sich bei dieser Wahl herausgeschält hat. Rossmann: „Die Ultimaten der CDU und der CSU oder die Gesprächsverweigerung der FDP gegenüber der SPD sind absolut albern und entsprechen in keiner Weise dem Wahlergebnis. Beide großen Parteien haben bei dieser Wahl Stimmen verloren und sollten sich deshalb jetzt vor allen Dingen auf eine gründliche Erörterung von Zukunftsaufgaben und Sachfragen einlassen.“

Ein besonderer Führungsanspruch von Frau Merkel und der CDU und der CSU sei dagegen nicht aus dem Wahlergebnis abzuleiten. Eine tragfähige Koalition von zwei fast gleichstarken Partnern könne es auch nur auf gleicher Augenhöhe geben. Rossmann: „51 Prozent links von CDU und CSU und FDP rechtfertigen absolut keine Rechtsentwicklung in Deutschland. Wenn die CDU/CSU/FDP das Wahlergebnis umkehren will, wird sie sich mit einer Minderheiten-Regierung im Bundestag eine blaue Nase holen müssen.“